E-04 Energiewende 2.0: Nutzen statt Abwürgen

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	13.10.2025
Tagesordnungspunkt:	E Klima & Energie

Antragstext

Die Dynamik der Energiewende steht auf dem Spiel. Endlich boomen Solar, Windenergie und Speicher, doch Katherina Reiche plant ein Bremsmanöver. Ausgerechnet die Wirtschaftsministerin plant mit Nullwachstum und Deindustrialisierung. Sie glaubt weder an industrielle Erneuerung noch an eine Zukunft mit KI, Digitalisierung und klimaneutraler Wertschöpfung Made in Germany – und rechnet den künftigen Strombedarf klein. Statt mit günstigem grünem Strom die Basis für wirtschaftlichen Fortschritt zu legen, verunsichert die Wirtschaftsministerin Investor*innen und gefährdet Versorgungssicherheit, Resilienz und Zukunftsfähigkeit.

Mit dem grün geführten BMWK haben wir den Ausbau von Wind und Sonne neu entfacht. Wir haben die Energiewende durch gezielten Bürokratieabbau in Gang gebracht – etwa bei Mieterstrom und Balkonkraftwerken, dem Ausbau von Windkraft oder dem Netzausbau. Den Weg raus aus der fossilen Abhängigkeit wollen wir konsequent weitergehen.

Aber: Auch wenn die Erneuerbaren bereits rund 60% zur Stromerzeugung beitragen, werden immer noch gut 77% des gesamten deutschen Energiebedarfs, inklusive der Energie für Mobilität, Wärme und die Industrie, aus fossilen Quellen gedeckt, also aus Kohle, Öl und Gas. Das ist dreckig, unsicher und teuer. Wir bezahlen unsere fossile Sucht gleich dreifach: Jedes Jahr überweist Deutschland rund 80 Milliarden, oder 2% unseres Bruttoinlandsproduktes, für Öl und Gas auch an Autokraten und Despoten, die mit diesem Geld Kriege gegen unsere Freiheit finanzieren. Europaweit sind es sogar 315 Milliarden. Wir machen uns damit abhängig und erpressbar. Und wir hinterlassen unseren Kindern und Enkeln einen riesigen ökologischen Schuldenberg. Deshalb bleibt es bei dem von der Verfassung vorgegebenen Auftrag: Mindestens 65% Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045. Für 2030 haben wir in der letzten Legislatur die Voraussetzungen geschaffen, doch die neue Regierung kommt vom Kurs ab. Für die Jahre nach 2030 attestieren uns der deutsche Expertenrat für Klimafragen und die EU-Kommission eine massive Zielverfehlung. Deswegen gilt: Die Energiewende muss schneller, nicht langsamer werden!

Energieministerin Reiche dagegen will bremsen, um fossile Geschäftsmodelle zu erhalten. Dafür verbiegt sie sogar den Energiewende-Monitoring-Bericht ihrer eigenen Expert*innen und setzt den künftigen Strombedarf willkürlich an den untersten Rand der Prognosen fest. Gleichzeitig setzt die Union zu einem Frontalangriff auf den Green Deal an: Sie blockiert das 2040er-Klimaziel im Rat, stellt sich gegen die Erneuerbaren-Richtlinie ab 2030, will höhere CO2-Autoemissionen ermöglichen, grundsätzlich in Frage und will den Emissionshandel aushöhlen. Dabei läuft die Transformation längst weltweit wie bei uns: Wärmepumpen verkaufen sich besser als fossile Heizungen, die Elektromobilität gewinnt an Fahrt. Unternehmen stellen um. Eine Ministerin, die da bewusst

bremst, gefährdet nicht nur die Energiewende, sondern auch die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Die Zukunft ist elektrisch, erneuerbar und dezentral. Statt zu bremsen, wollen wir günstige, erneuerbare Energie dahin bringen, wo und wann sie gebraucht wird – mit digitalen Netzen, klugen Speichern und flexiblen Verbraucher*innen. Die vom EU-Recht längst eingeforderte Bürgerenergie ist dazu der Schlüssel: Wer Energie vor Ort teilt, senkt Kosten. Unser Motto: Energie von allen, für alle.
Eine Energiewende in der Hand von Haushalten und Mittelstand entspricht unserer Leitidee einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Sie verlagert Wertschöpfung von fossilen Autokraten in unsere Städte und Dörfer. Die ländlichen Räume werden so zum Gewinner der Energiewende. Die Energiewende schafft neue Chancen für Industrie, Handwerk und Haushalte. Wer jetzt bremst, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch gleichmäßige wirtschaftliche Erneuerung in allen Regionen unseres Landes.

Wir stellen uns dem fossilen Rollback auf allen Ebenen mit einer großen Kampagne entgegen. Gemeinsam mit Bürger*innen, Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft fordern wir 100 % Erneuerbare mit Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Beteiligung als Leitprinzipien.

Wir fordern: keine Absage an die Industrienation Deutschland. Der Industriestandort Deutschland steht unter Druck. Das fossile Geschäftsmodell auf Basis billigen russischen Gases ist zusammengebrochen. Aber wir stehen zur energieintensiven Industrie und wollen Deutschland zu einem klimaneutralen Industrieland führen. Wir stehen im Wettbewerb der Systeme – „Petrostaaten", die reichlich eigene fossil gespeicherte Sonnenergie haben, gegen „Elektrostaaten", die mit Innovation die Kraft von Sonne und Wind direkt nutzen und wo nötig in energiereiche Moleküle wandeln. Unsere Antwort auf die fundamentale Transformation der Weltwirtschaft ist der European Green Deal.

Unser bisheriger Erfolg bringt neue Herausforderungen. Die Energiewende ist kein Selbstläufer, sondern ein Systemwechsel – weg von zentralen, fossilen Strukturen hin zu einem dezentralen, erneuerbaren Energiesystem. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren ist Strom zunehmend im Überfluss vorhanden, aber nicht immer dort und nicht immer dann, wenn er gebraucht wird. Etliche Netze sind überlastet, die Bürokratie bremst. Für Haushalte und Unternehmen wollen wir die Energiewende einfacher machen. Und obwohl Solar, Wind und Speicher immer günstiger werden, kommen die Kostenvorteile der Erneuerbaren noch zu selten bei den Menschen und Unternehmen an.

Die Energiewende muss günstiger werden. Die Transformation zu 100% Erneuerbaren erfordert hohe Investitionen, gerade deshalb achten wir auf die Kosten. Durch eine konsequente weitere Elektrifizierung sinken die Kosten pro Kilowattstunde.
Die Energiewende ist ein Megaprojekt. Der Umbau einer 200 Jahre lang fossil betriebenen Industrialisierung auf ein komplett erneuerbares System ist dringend notwendig. Er kostet Geld zahlt sich aber für unser Land aus. Einige Kosten, insbesondere die der Netzentgelte, sind in den letzten Jahren aus dem Ruder gelaufen. Auch weil der lang verschleppte Netzausbau jetzt nachgeholt werden muss.

Wir wollen die Energiewende kosteneffizient beschleunigen und weiterentwickeln. Das muss beherzt, konsequent digital und mit möglichst viel Innovation, vor allem aber unbürokratisch angegangen werden. Dazu wollen wir:

- Die Dynamik des Zubaus von Solar, Windenergie und Speichern erhalten, nutzen und möglichst noch weiter entfachen.
- Zunehmend reichlich vorhandener günstiger Strom wollen wir kostengünstig integrieren. Gleichzeitig muss Energie auch in der Dunkelflaute sicher und bezahlbar bleiben. Das gelingt mit Speichern, flexibler Nachfrage, starken europäischen Netzen und modernen, technologieoffenen, kosteneffizienten Reservekapazitäten ,
- Mit Bürgerenergie und Energy Sharing, die Menschen konsequent in den Mittelpunkt der Energiewende stellen.
- Die Kostenvorteile, der Erneuerbaren systematisch nutzen, um unsere Industrie und Arbeitsplätze zukunftsfest zu machen.

1. Mehr Erneuerbare, weniger Gas, mehr Zukunft

Unsere Zukunft ist elektrisch: Solar- und Windenergie liefern Strom, den wir wo immer möglich direkt nutzen wollen und wo immer nötig in Moleküle verwandeln. Zudem brauchen KI, Elektromobilität, Wärmepumpe und Co mehr günstigen, sauberen Strom. Dafür brauchen wir mehr Erneuerbare. Fossile und Atomkraftwerke überleben nur mit Subventionen oder weil ihre wahren Kosten ignoriert werden. Saporischschja zeigt auf, dass Atomkraft eine gefährliche Technologie ist, die im Krisenfall unbeherrschbar sein kann. Weltweit sind die Erneuerbaren längst zur dominierenden Kraft geworden. Auch bei uns. Wer unseren künftigen Strombedarf kleinrechnet oder den Ausbau der Erneuerbaren verzögert, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Versorgungssicherheit und sorgt für die hohen Strompreise von morgen. Deutschland hat 2022 bitter gelernt, was fossile Abhängigkeit bedeutet – das darf sich nicht wiederholen.

Deshalb fordern wir:

- Bürgersolar ist eine tragende Säule der Energiewende und muss es bleiben. Gerade die kleinen Anlagen auf den Dächern der Häuser haben in den letzten Jahren maßgeblich zu den Ausbaurekorden beigetragen. Aufdach-Photovoltaik (PV) ist nah an den Menschen, nah am Verbrauch und nutzt bestehende bebaute Flächen. Wer selbst Strom erzeugen will, darf nicht durch überteuerte Anschlüsse, absurd teure Zählerschränke und überdimensionierte Technik gebremst werden – und sollte einen Anreiz haben jedes Dach voll zu machen. Denn das ist ökologisch besonders wertvoll. Bis endlich alle fair und unkompliziert am Strommarkt teilnehmen, entwickeln wir die Einspeisevergütung fort. Die Vergütungssätze werden moderat an die gesunkenen Kosten angepasst und gleichzeitig wird sicher gestellt, dass Solarprojekte in Bürgerhand in allen Regionen wirtschaftlich bleiben. Alle

größeren Anlagen mit verpflichtender Fernsteuerbarkeit müssen tatsächlich steuerbar werden, um die Systemstabilität jederzeit zu sichern.

- Freiflächen-PV braucht ein Ausschreibungsdesign, das Pachtkosten begrenzen kann, landwirtschaftliche Nutzung schützt und ökologischen Mehrwert schafft.

- Onshore-Wind boomt endlich wieder. Der Zielkorridor darf nicht wieder unter das bereits erreichte zurückfallen. Dabei setzten wir weiter auf Wettbewerb. Das Referenzertragsmodell wollen wir reformieren, damit Investitionen überall im Land ermöglicht und gleichzeitig die Gesamterträge maximiert werden. Möglichkeiten für Pachtobergrenzen im EEG und eine Duldungspflicht für Anschlussleitungen sorgen dafür, dass staatlich garantierte Erlöse nicht in übermäßige private Profite fließen.

- Offshore-Wind wird günstiger, wenn Flächen effizient geplant, die Windräder sich nicht gegenseitig den Wind nehmen und Netzanschlüsse optimal ausgelastet werden. Hersteller, Häfen und Netze brauchen Planungssicherheit, deshalb halten wir am 70-GW-Ziel fest, wollen aber die Ausbaupfade so strecken, dass alle Schritt halten können. Doch den gegenwärtigen Stillstand beim Ausbau von Offshore-Wind können wir uns nicht leisten. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass diejenigen, die einen Zuschlag erhalten haben, auch bauen – oder ihn zurückgeben. Für mehr Flächen braucht es mehr innereuropäische Kooperation, zum Bespiel Energieinseln gemeinsam mit Dänemark.

- Knappe und kostbare Biomasse wollen wir in Zukunft konsequent systemdienlich flexibel einsetzen und so den Zubaubedarf teurerer steuerbarer Großkraftwerke reduzieren. Wir geben der Landwirtschaft Planungssicherheit: Biomasse sollte möglichst Reststoffe nutzen, Anbau wie Betrieb müssen tatsächlich klimafreundlich und gleichzeitig die Investitionen planbar sein.

Damit all das gelingt, braucht es ein europarechtskonformes EEG über 2026 hinaus. Für große PV-Anlagen und Windenergie setzen wir auf Differenzverträge, die stabile Erlöse für Investoren aber keine Übergewinne auf Kosten der Allgemeinheit garantieren. Das ist fair für Bürger:innen, verlässlich für die Industrie und stark für die Energiewende. Der Rechtsanspruch auf Anschluss und Einspeisung muss gesichert bleiben, mit Vorrang für Erneuerbare. Differenz- und Direktabnahmeverträge schaffen Planungssicherheit für große Wind- und Solaranlagen. Viele Kommunen profitieren schon heute vom Boom der Erneuerbaren. Wir wollen, dass die Kommunen in allen Bundesländern rechtssicher an der erneuerbaren Wertschöpfung auf ihrem Gebiet teilhaben und damit auch Kitas, Schwimmbäder und ÖPNV sichern. Dazu brauchen wir in allen Bundesländern Beteiligungsgesetze. Zudem sollten auch bei Direktvermarktung außerhalb des EEG 0,2 Cent pro Kilowattstunde an die Kommunen fließen.

Naturschutz und Erneuerbare gehören und gehen zusammen. Daher brauchen neue Erneuerbaren-Anlagen naturschutzfachliche Regeln. Die freiwilligen weitergehenden ökologischen Standards vieler PV-Freiflächenanlagenbetreiber wollen wir verbindlicher machen. Sobald technisch ausgereift, wollen wir Windanlagen automatisiert herunterregeln, wenn sensible Vogelarten sich nähern.

Für Naturschutzprojekte und die Verwendung der Ausgleichsgelder brauchen wir einen Entbürokratisierungsturbo für den Naturschutz.

2. Netze und Speicher: Digital, flexibel und europäisch

Grüner Strom ist heute schon an vielen Tagen reichlich vorhanden. Das ist kein Fehler, sondern ein Erfolg – und ein Auftrag: Jetzt kommt es darauf an, mit heimischem grünem Strom möglichst viel teuer importierte Kohle, Öl und Gas zu ersetzen: in Gebäuden, im Verkehr, in der Industrie. Deswegen sind Innovation, Digitalisierung und Flexibilität der Schlüssel für die nächste Etappe der Energiewende.

Die Selbstwirksamkeit jeder Familie und jedes Haushalts müssen wir nutzen und anreizen, nicht verbieten. Alle gemeinsam müssen das System stützen. Voraussetzung dafür ist die Digitalisierung des Energiesystems. Für Haushalte, Betriebe und Unternehmen muss die Energiewende einfacher zugänglich werden. Netzbetreiber müssen endlich allen, die es wollen, schnell und günstig digitale Stromzähler einbauen, wenn es schneller geht auch „Smart Meter light“. Moderne digitale und flexible Netze sind der Schlüssel für eine Energiewende in Hand und im Sinne von Bürger*innen, Gewerbe und Unternehmen:

- Die Verteilnetze mit ihren 860 Netzbetreibern sind das Rückgrat der Energiewende. Wir wissen, dass gerade unsere Stadtwerke nicht nur Energielieferanten sind, sondern auch Daseinsvorsorgedienstleister. Viele Verteilnetzbetreiber setzen die Energiewende vor Ort beherzt um, trotzdem kommt der Aus- und Umbau sowie die flexible Nutzung ihrer bestehenden Infrastruktur nicht schnell genug voran. Wir sehen, dass sich viele auf den Weg gemacht haben und Kooperationen untereinander eingehen. Doch die Verteilnetze bleiben das größte Nadelöhr der Energiewende. Weiterhin gibt es trotzdem Doppelstrukturen, Ineffizienzen und teure Bürokratie. Die Folge: hohe Netzentgelte, langsame Verfahren und ein lähmendes Gegeneinander. Sie brauchen die nötige Unterstützung für die Transformation. Im Gegenzug muss es gelingen, endlich die nötige Dynamik in die Netze zu bekommen. Wir wollen eine Standardisierungsoffensive, um bei den Verteilnetzbetreibern, um umfassende Standardisierung von Prozessen, Schnittstellen und auch Hardware innerhalb drei Jahren zu erreichen. Dank digitaler Technik lässt sich mindestens 30% mehr aus bestehenden Netzen rausholen – durch intelligente Messsysteme, automatisierte Steuerung und datenbasierte Netzplanung können Verteilnetzbetreiber ihre Infrastruktur deutlich effizienter nutzen, Engpässe vermeiden und den Ausbaubedarf gezielt reduzieren. Bis 2030 müssen alle Haushalte und Unternehmen Smart Meter und damit die Möglichkeit zu räumlich und zeitlich differenzierten Tarifen bekommen. Hier helfen neben weiterer rechtlicher Vereinfachung Innovation und Wettbewerb. Anders als Katherina Reiche wollen wir Wettbewerb bei Messstellen nicht abschaffen, sondern stärken: Anschlusszeiten, Kosten und verfügbare Kapazitäten müssen öffentlich einsehbar sein. Wer bremst, muss sichtbar werden – und Einsatz für die Energiewende und Kundenfreundlichkeit muss sich lohnen. Ein Bund-Länder-Fonds für

Energienetze und staatliche Garantien geben den Betreibern das Kapital, um die Modernisierung zu stemmen.

- Auch der Übertragungsnetzausbau muss effizienter werden. Die Rückkehr zu Freileitungen als Standard für noch nicht geplante oder genehmigte Übertragungsleitungen spart Milliarden. Für laufende Genehmigungsverfahren bleibt die Erdverkabelung bestehen – denn auch ein verzögerter Ausbau verursacht Mehrkosten.

- Starke europäische Stromnetze sind entscheidend, um Wind- und Solarenergie räumlich wie zeitlich auszugleichen. Ein integriertes europäisches Netz senkt Kosten, erhöht Versorgungssicherheit und macht die Energiewende zum Gemeinschaftsprojekt.

- Flexibilität ist der Schlüssel für niedrigere Kosten – für jede*n einzelnen und die Allgemeinheit. Alles, was an systemdienlicher Flexibilität außerhalb des öffentlichen Netzes passiert, entlastet und spart Kosten: Speicher aller Art, Wärmepumpen, E-Autos und intelligente Steuerung können lokal Energie nutzen, verschieben und puffern. Dafür braucht es einfache, faire Tarife und keine überdimensionierten, überteuerten Anschlüsse. Gerade mit bidirektionalen Laden können mittags unkompliziert und dezentral große Erzeugungsspitzen zwischen gespeichert und bei Bedarf abends wieder zur Verfügung gestellt werden. Auch Wärmespeicher können Sonnen- wie Windspitzen, gut und günstig aufnehmen. Die Regeln des Strommarktes müssen die Flexibilitäten privater und gewerblicher Nachfrage fördern, statt sie zu bremsen. Flexibilität spart Milliarden, halbiert im besten Fall den Strompreis für flexible Verbraucher und reduziert den Netzausbau bis um die Hälfte.

- Batteriespeicher sind ein Pfeiler der neuen Energiewelt – flexibel, schnell und systemdienlich. 300 Gigawatt Netzanschlussbegehren zeigen: Die Technologie steht bereit. Jetzt kommt es darauf an, dass diese Speicher auch ans Netz kommen. Wir unterstützen die Bundestagspetition,. die systemdienliche Nutzung von Heimspeichern zu vereinfachen und wirtschaftlich attraktiv zu machen. Mit einem dynamischen Arbeitspreis bei den Netzentgelten sorgen wir dafür, dass sie genau dann liefern, wenn Strom gebraucht wird – und lokale Spitzen intelligent puffern. Bislang verhindert eine veraltete Regulierung, dass Batteriespeicher im Notfall das Netz wieder aufbauen oder die regionale Versorgung im Inselmodus sichern. Heim- und Gewerbespeicher sowie E-Auto-Batterien sollen von schwankenden Preisen profitieren und das Netz so stabilisieren. Bei Großspeichern sollten Anschlüsse auch im Wettbewerb, statt nach dem Windhundprinzip, vergeben werden - das senkt die Netzentgelte und schafft Klarheit.

Die bereits mit der EU geeinten 5 GW Gas-Sprinterkraftwerke sollten schnell erreichtet werden, um die Energiewende abzusichern. Darüber hinaus fordern wir einen kosteneffizienten, technologieoffenen, Kapazitätsmarkt aufbauend auf dezentraler Erzeugung und Speicher der Versorgungssicherheit garantiert und Nachfrageflexibilität hebt – statt bis zu 250 Milliarden in den überdimensionierten Turbozubau neuer Gaskraftwerke zu stecken, die den Strompreis um bis zu zwei Cent pro Kilowattstunde zu verteuern könnten. Diese

Pläne von Wirtschaftsministerin Reiche gefährden den Umstieg auf grünen Strom in Autos, Häusern und Industrie – und machen die Energiewende unnötig teuer. Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Technologieoffenheit macht sie eine Politik zum Schutz fossiler Interessen und Geschäftsmodelle. Weder der Monitoringbericht noch der aktuelle Versorgungssicherheitsbericht der Bundesnetzagentur sprechen wie Ministerin Reiche von einem Zubau von 22 Gigawatt, sondern von einem erhöhten Bedarf an „steuerbaren Kapazitäten". Das können Stromspeicher sein, die gerade in hoher Anzahl gebaut werden, oder Biomasseanlagen, oder ein flexibles Management von Lasten, bei dem alle Stunden der Sonnenkraft wirklich ausgenutzt werden.

Regionale Preissignale sowie räumlich und zeitlich differenzierte Netzentgelte sind der Schlüssel für eine schnellere und einfachere Marktintegration von erneuerbaren Energien und den effektiven Einsatz von Speichern. Kurzfristig wollen wir mindestens Viertelstunden-scharfe Abrechnungsfenster sowie stark vereinfachte Prozesse zur Direktvermarktung. So lösen Marktkräfte Auslegungs- und Gerechtigkeitsfragen und Speicher werden endlich systemdienlich gefahren.

Die Kostenvorteile günstiger grüner Energie müssen dabei bei allen ankommen. Die Stromsteuer und viele Umlagen stammen aus der fossilen Vergangenheit und verteuern klimafreundliches Heizen und E-Mobilität und Stromnutzung. Die Koalition hat Senkung der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgeschriebene Minimum versprochen. Das muss jetzt für alle kommen.

3. Energie von allen, für alle

Wir stehen für eine Energiewende in der Hand von Bürger*innen und Mittelstand. Bürgerenergie ist die demokratische Wurzel der Energiewende. Partizipation schafft Akzeptanz, weil Menschen vor Ort selbst entscheiden und profitieren. Sie mobilisiert geduldiges Kapital für Klimaschutz, weil Ersparnisse in Solardächer, Windräder oder Speicher investiert werden. Wir sind dankbar für die vielen Milliarden, die Millionen Menschen bereits vor Ort in die Energieende investiert haben und weiter investieren.

Die Bürgerenergie stärkt regionale Wertschöpfung und entlastet die Netze – weil Strom dort erzeugt, genutzt und gespeichert wird, wo er anfällt. Erneuerbare Energie ist unschlagbar günstig, vor allem, wenn sie direkt lokal genutzt wird. Darüber hinaus gibt es sie zunehmend im Überfluss. Wir brauchen Regeln, die es allen möglichst einfach und attraktiv machen, erneuerbaren Strom zu produzieren, netzdienlich zu nutzen oder einzuspeisen, und vor allen Dingen, die günstige grüne Energie mit anderen zu teilen und damit die Stromrechnung zu senken. So geht Selbstwirksamkeit und Teilhabe in der Energiewende. In Zeiten wachsender Unsicherheit ist sie Garant für Teilhabe und Resilienz. Damit ihr volles Potenzial gehoben wird, braucht es klare Regeln für Energy Sharing, einfache Zugänge für Genossenschaften und Mieterstrom sowie faire Netzentgelte für netzdienliche Nutzung. Wer Energie teilt, schwächt Autokraten und senkt Kosten. Wer eine Solaranlage, eine E-Auto-Ladestation, einen Smart Meter oder eine Wärmepumpe installieren will, muss sie auch rasch anschließen können. Projektierer sollten mit Kommunen Kooperationsvereinbarungen abschließen. Bürger*innen und Energiegenossenschaften sollten ein Vorinvestitionsrecht haben. Wir fordern ein Recht auf Solar und auf Energy Sharing – und Netzentgelte, die lokale, netzdienliche Nutzung belohnen.

4. Grüne Energie für eine zukunftsfeste Industrie

In der Phase der ökonomischen Stapelkrise von Kriegen, Zöllen, und Rezessionen müssen wir Industrie und Unternehmen bei der Anpassung an die neuen Realitäten unterstützen. Unsere Industrie leidet immer noch unter den dauerhaft gestiegenen Gaspreisen. Aber ausgerechnet die Wirtschaftsministerin gefährdet nun den Wasserstoff-Hochlauf und verhindert damit die flexible Nutzung bereits reichlich vorhandener günstiger grüner Energie: Kein Industriestrompreis, keine Abschaffung der Stromsteuer für alle, keine Senkung der Strompreise um die vor sechs Monaten versprochenen 5 Cent pro Kilowattstunde. Es ist absurd, dass nachdem die Schuldenbremse geändert ist und ein milliardenschweres Infrastrukturprogramm aufgelegt wurde, das Geld fehlen soll.

Eine zukunftssichere Industrie gibt es nur mit günstiger grüner Energie. Wir haben nun mal keine signifikanten Mengen an Öl und Gas. Aber: die Transformation der Industrie dauert länger als drei Haushaltsjahre. Wer jetzt investiert, braucht Planungssicherheit bis 2030 und darüber hinaus. Deswegen müssen wir den Green Deal verteidigen und wo nötig leichter und schneller in der Umsetzung machen. Der Emissionshandel (ETS I), ergänzt um einem robusten, umsetzbaren und auf mehr Sektoren ausgeweiteten Carbon Border Adjustment Mechanism, bleibt zentrale Säule der Transformation. Mit strategischer Industriepolitik können wir den Sprung in eine Volkswirtschaft des 21. Jahrhunderts unterstützen. Dazu wollen wir:

- unbürokratische Klimaschutzverträge auch für den Mittelstand;
- grüne Leitmärkte;
- eine sichere Grundlage für den Wasserstoffhochlauf.

So schaffen wir Investitionssicherheit und Standortattraktivität. Wir schaffen eine gesicherte Nachfrage für grüne Industrieprodukte Made in Europe. CCS kommt nur dort zum Einsatz, wo es keine Alternativen gibt – etwa in der Zementherstellung.

Entscheidend ist der zügige Ausbau des Wasserstoff-Kernnetzes. Katherina Reiches ideologische Fokussierung auf fossiles Gas ohne verpflichtende Umrüstung auf klimaneutrale Alternativen, gefährdet den gesamten Wasserstoff-Hochlauf. Die Verunsicherung bei grünen Wasserstoff untergräbt so die Zukunft der deutschen Industrie.

Gerade für die Industrie ist Flexibilität künftig der Schlüssel zur Wettbewerbsfähigkeit: Statt im starren Grundlastbetrieb gefangen zu sein, sollte sie Strom dann nutzen können, wenn er im Überfluss da und besonders günstig ist. Die Unterstützung von der energieintensiven Industrie wollen wir mit echten Flexibilitätsanreizen verbinden. Um die Eigenversorgung mit Erneuerbaren für Industrie und Gewerbe zu erleichtern wollen wir Direktleitungen mit bis zu 20 Kilometern Länge rechtlich zu ermöglichen. Neue Großverbraucher wie Elektrolyseure und Rechenzentren wollen wir da errichten, wo klimafreundlicher erneuerbarer Strom im Überfluss vorhanden ist. Wer jetzt auf grüne Technologien setzt, gewinnt bei Resilienz, Innovation und Standortattraktivität.

Zukunft jetzt

Der gesicherte Zugang zu günstiger, grüner Energie ist entscheidend – für ein bezahlbares Leben und eine lebenswerte Zukunft. Für die Resilienz und Handlungsfähigkeit unseres Kontinents, die Zukunft unserer Wirtschaft und nicht zuletzt für die Demokratie. Die nächsten Jahre entscheiden, ob die Energiewende gelingt – ökologisch, ökonomisch und demokratisch. Wir haben gezeigt, was möglich ist, wenn politische Führung, technologische Innovation und gesellschaftliche Beteiligung zusammenkommen. Jetzt braucht es Klarheit, Tempo und Verlässlichkeit: für Investitionen, für Teilhabe, für Versorgungssicherheit. Wer die Energiewende abwürgt, gefährdet nicht nur das Klima, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Wer sie beschleunigt, schafft Wohlstand, Sicherheit und neue Chancen – für alle. Dafür stehen wir. Dafür kämpfen wir. Jetzt.

Begründung

Für die Erarbeitung dieses haben Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen Jahren von der kommunalen bis zur europäischen Ebene intensiv mit Expert*innen und Stakeholdern gearbeitet. Ein Teil dieses Prozesses war zum Beispiel auch der energiepolitische Grundsatzbeschluss der BAG Energie. https://www.bag-energie.org/wp-content/uploads/go-x/u/5bc96b7d-8eb8-465b-b275-df3f4a9a[...]dsatz-Beschluss_Energie_fuer_alle__Bezahlbar_und_sicher.pdf